

Der Grundstein

Offizielles Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2,00 (ohne Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf für die dreigespaltene Zeile oder deren Raum berechnet.

Die Börsen.

Allgemeines.

In den Aktiengesellschaften und Kartellen sah wir Erscheinungen des der höchsten Entwicklung entgegengehenden Kapitalismus; an diesen Erscheinungen vermochten wir die Ausweitung der kapitalistischen Unternehmung am besten zu erkennen. Eine andere Verwandnis hat es um die Börsen. Sie ist ein sehr wichtiges Bindeglied der mannigfachen großkapitalistischen Unternehmungen, das bedeutsamste Auslegungsmittel zwischen den millionenfachen Angeboten und Nachfragen, die in zusammengefasster Form auf den Börsen auftreten. Die Börsen sind mehr Maßstäbe der kapitalistischen Entwicklung, als ihre Ausdruck und ihr treibendes Moment. Schauplätze kapitalistischer Kämpfe sind die Börsen oft gewesen. Auf kleinstem Raume drängen sich entgegengesetzte Interessen zusammen, ungeheure Vermögen wurden gewonnen und andere stürzten auf diesen Börsen zusammen.

Aber trotzdem ist die Börse heute nicht mehr von der entscheidenden Bedeutung, wie das noch vor wenigen Jahrzehnten der Fall war, wo die Börse mit ihrem geheimnisvollen, den meisten Menschen durchaus unverständlichen Wesen als Schauplatz unerhörter Geschäfte, als Maßstab mannigfacher großer Ereignisse betrachtet wurde. Man sah in den Börsen den untrüglichen Messer aller Weltverhältnisse, den Einspäher aller Werte. Heute ist man sich zwar auch vielfach über die Bedeutung der Börsen sehr im unklaren; aber man ist trotzdem nicht mehr in ihrer Beurteilung geworden. So groß auch die Kurszettel geworden sind, und so sehr sie auch an Umfang weiterwachsen, sie haben an Bedeutung tatsächlich abgenommen. Freilich werden wir uns darüber erst klar werden, wenn wir die wachsende Bedeutung der Banken innerhalb unserer Volkswirtschaft erkennen. Die Bedeutung der Börsen hat tatsächlich trotz der außerordentlichen Entwicklung des Kapitalismus abgenommen, ihre Funktionen werden in immer höherem Maße überflüssig.

Börsen sind Märkte für vertretbare Waren, das heißt für Waren, bei denen es nicht so sehr auf das einzelne Stück an sich ankommt, als vielmehr darauf, daß die gehandelte Menge eine ganz bestimmte Qualität hat. Man wird also Kunstwerke, Silber, seltene, nur noch einzeln vorkommende Bücher, vereinzelte hergestellte Gegenstände des Kunstgewerbes, Schmuckgegenstände, Häuser, Fabriken, Schiffe auf Börsen nicht handeln können, weil sie durchaus verschiedener Art sind und sich nicht gegenseitig vertreten können. Dagegen sind sichere Wechsel (das heißt solche Wechsel, deren Einlösung durch die Unterschriften ansehnlicher zahlungsfähiger Personen oder Banken gesichert ist), ferner Aktien, Obligationen, Staatspapiere, Pfandbriefe, Münzen, aber auch Getreide bestimmter Art, für die auf den Börsen sogenannte Typen wie für andere Gegenstände festgelegt sind, aber auch Mehl, Kaffee, Spiritus, Zuckel und dergleichen auf den Börsen handelbar. Das ist möglich, weil zum Beispiel eine bestimmte Menge Eisen einer bestimmten Art ersetzt werden kann durch Eisen anderer Herkunft, oder eben vollständig gleiches, einer bestimmten Type entsprechenden Eisen. Man versteht unter diesen Typen oder Standard-Börsen Waren von ganz bestimmter Durchschnittsgröße, und auch diese Waren müssen in bestimmten Mengen, also zum Beispiel 500, 1000, 1500 Sack Kaffee, entweder für sofortige Lieferung oder für bestimmte Lieferungsstermine verkauft werden. An der Börse oder Provisionsbörse werden nach ganz kleinen Mustern, so zum Beispiel von Getreide und Kaffee, Abschlüsse von ganzen Schiffsladungen gemacht. Die Gleichheit der später gelieferten Ware und des Musters wird vorausgesetzt, wenn bestritten, durch ein Börsenschlichtergericht klargestellt.

Die Mobilisierung eines großen Teiles des Volkskapitals wie des industriellen Kapitals geschieht durch

die Börse. Besitztümer, wie Grundstücke, Fabriken, Schiffe, die außerordentlich schwer von dem einen Besitz in den andern übergeben, werden in die Aktienform gebracht und bilden so den Gegenstand eines ununterbrochenen Handels. Ebenso ist es mit Schulden, Schuldverschreibungen industrieller Unternehmungen in Form von Obligationen, Hypothekenschulden in Form von Pfandbriefen, Staatsschulden und städtischen Schulden in Form von Konjols, Rentenpapieren, Schatzanweisungen. Private Schulden in Form von Wechseln, weiter Anweisungen auf Gehaltsunterlagen in Form von Schecks werden Gegenstand freien Handels. Die früher festgesetzten Werte und Verpflichtungen werden beweglich gemacht, oder, wie der technische Ausdruck lautet, sie werden mobilisiert. Unbewegliches Kapital oder immobilisiertes Kapital, wie Grundstücke, Häuser, Fabriken, wird auf einer von der Warenbörse zu unterscheidenden Börse, auf der Effekten- oder Fondsbörse, in eigenartiger Weise mobilisiert. Zahlreiche Austausch von Wertobjekten finden ohne Dagwischentreten von Geld, einfach durch den Ausgleich von Käufen und Verkäufen verschiedener mobilisierter Werte, statt.

Auf der Börse ist es möglich, das Geld in zinstragende Form zu überführen, vor allem durch den Ankauf von Wechseln, wobei durch die Voraussetzungen, die einem börsenmäßigen Handel des Wechsels gestellt werden, das Risiko fast völlig ausgeschlossen wird. So wird die Börse der Markt für den Geldverkehr der großen Banken und Großkapitalisten untereinander. Je nach dem Bedürfnis des Ausgleichs von Verbindlichkeiten auf den verschiedenen Börsenplätzen werden Wechsel mit bestimmten Fälligkeitsterminen und Einlösungsorten stärker oder schwächer gefordert. Auf dem einen Platze sind sie begehrter, und es wird für sie ein Aufschlag gezahlt, auf dem andern ist der Bedarf geringer. Hieraus ergeben sich starke Verschiebungen in dem Wechselbesitz. Die Verschobenheit der gleichzeitigen Kurse wird benutzt, um an dem Orte mit niedrigeren Kurse zu kaufen und gleichzeitig an dem mit höheren Kurse zu verkaufen. Dieses Geschäft, das nur mit sehr großen Umsätzen wegen der naturgemäß sich immer ausgleichenden und deshalb in gegebenem Augenblicke nur immer kleinen Kursabweichungen gemacht werden kann, nennt man das Arbitragegeschäft.

Die Arbitragegeschäfte sind von der größten Bedeutung, weil sie eine starke Ausgleichung der Preise, auf dem Weltmarkt herbeiführen und die Herbeiführung eines gleichen Weltmarktpreises anbahnen. Derartige Arbitragegeschäfte können auch auf den Warenbörsen gemacht werden. Ist zum Beispiel von Amerika nach Europa schwimmendes Getreide je nach den augenblicklichen Kursdifferenzen, nach Amsterdam oder nach Hamburg, nach Paris oder nach Berlin dirigieren; ist dann natürlich auch an der einen Börse für späteren Termin schwimmendes Getreide kaufen und an der andern Börse es für den gleichen Termin oder für den knapp darauffolgenden verkaufen. Diese Leichtigkeit des Wechselausgleiches ist nur auf der Börse gegeben. Die Börse ist ein Markt, auf dem zwar die zu kaufenden Werte, Wertpapiere und die zum Kauf angebotenen Waren nicht tatsächlich vorhanden sind; aber Käufer und Verkäufer der dort verhandelbaren Waren oder ihre Vertreter und Agenten treten auf den Börsen zusammen und bieten dort in bestimmten vorgezeichneten Mengen die von ihnen zum Verkauf angebotenen Wertpapiere an oder kaufen je dort wieder in bestimmten Mengen zu kaufen.

Schon im Mittelalter gab es Börsen als ein Mittel zur Gleichsetzung des Verkehrs mit Wechselbriefen und kaufmännischen Leihkapitalen. Die Beziehung Börse schreibt sich daher, daß in der niederländischen Handelsmetropole Brügge der Platz, der den Mittelpunkt des großen Geld- und Wechselverkehrs von Brügge bildete, die bourse hieß. Hieron bekam dann im 15. Jahrhundert die Antwerpener Börse ihren Namen. Die Londoner Börse wurde zwischen 1566 und 1570 ge-

gründet. Der Aktienhandel begann auf der Amsterdamer Börse im 16. Jahrhundert. In der Gegenwart sind die wichtigsten Produktbörsen in Deutschland Bremen für Baumwolle, Hamburg für Kaffee, Berlin für Getreide, Magdeburg für Zucker. Für Wolle und Metalle sind die englischen Börsen, vor allem die Londoner, von größter Wichtigkeit.

An Zahl der notierten Effekten und an Umfang der geschäftlichen Umsätze übertrifft die New Yorker Börse (Wall Street, sprich Wallstreet) alle kontinentalen Börsen, obgleich nur amerikanische Werte dort gehandelt werden. Die Brüsseler Börse ist durch ihre große Anzahl ausländischer Werte als internationaler Markt besonders bemerkenswert. Von weit größerem Umfang als Weltbörse erscheint die Londoner Börse, auf der amerikanische Effekten, englische Kolonialwerte, besonders auch indischafrikanische Goldminen, und ostasiatische Werte stark gehandelt werden. Wegen der starken Anlagen holländischen Kapitals in osteuropäischen Werten spielen diese auf der Amsterdamer Börse eine sehr große Rolle. Die deutschen Börsen Frankfurt und die Frankfurter Börse sind in der Hintergründ dringende Berliner Börse handeln in immer höherem Maße auch ausländische Werte, so österreichisch-ungarische Effekten, italienische Eisenbahnen, russische Renten und Eisenbahnen, auch amerikanische Werte, so die von Kanada, den Vereinigten Staaten, Mexiko und Südamerika und auch afrikanische Goldwerte. Die Wiener Börse, deren Bedeutung stark zurückgegangen ist, ist vor allem der Markt für österreichisch-ungarische Effekten, aber auch für Balkanwerte und für italienische und russische Renten. Die Ende 1905 auf der Londoner Börse gehandelten Papiere hatten in allen vorhandenen Stück, mochten etwa 45 pZt. auf Rentenwerte kamen. Auf der Pariser Börse wurden im Jahre vorher französische Effekten im Nennwerte von 58 670 Millionen Frank und ausländische Werte im Nominalbetrage von 71 409 Millionen Frank zum Handel zugelassen.

Entstehung und Beseitigung der Klassenmonopole.

IV.

Daß die agrarische und kapitalistische Monopolwirtschaft, die wie ein Alp auf der Kulturwelt lastet, beseitigt werden muß, kann keinem Zweifel unterliegen. Es ist eine Forderung der Vernunft, der Gerechtigkeit und der Sozialmoral, daß eine Wirtschaftsweise geschaffen wird, in der sich jeder arbeitsfähige Mensch, ohne von einem andern entrechtet und ausgebeutet zu werden, sein menschenwürdiges Dasein durch irgendeine nützliche Arbeit erlangen kann. Die Frage, um die es sich dreht, ist lediglich die, wie diese Beseitigung geschehen soll. Diese Frage wollen wir zum Schluß unserer Ausführungen behandeln.

Wenn wir bei der Untersuchung, wie die Klassenmonopole entstanden sind, gefunden haben, daß dies in wesentlichen durch die Enteignung einstmalig selbstwirtschaftender Menschen geschehen ist, so ergibt sich daraus die nächstliegende Forderung, daß dies Unrecht wieder gutgemacht werden muß, indem man das geraubte Eigentum seinen Eigentümern zurückgibt. Ist es eine Tatsache, daß die Volksmassen enteignet worden sind, so ist es nicht mehr als billig, daß diese Enteignung rückgängig gemacht wird und daß die Volksmassen wieder in den Besitz der Produktionsmittel gelangen. Ganz folgerichtig sagt deshalb Karl Marx, daß das Kapitalmonopol gesprengt werden muß: „Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriation wird expropriert.“ Das kapitalistische Privateigentum, das das persönliche, auf eigene Arbeit gegründete Privateigentum vernichtet und an sich ge-

Vertical text on the left margin, partially cut off.



riffen hat, wird wiederum vernichtet durch das gesellschaftliche Eigentum, das das persönliche Eigentum auf einer höheren Stufe wieder herstellt. Einmal wurde die Volksmasse durch die Monopolisten enteignet, heute sollen umgekehrt die Monopolisten durch die Volksmasse enteignet werden. Wie das sozialdemokratische Programm sich ausdrückt: „Nur die Ver wandlung des kapitalistischen Eigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion (Austausch mit Hilfe des Geldes) in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Gloriums und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.“

Die angezeigte Ver gesellschaftlichung wird sich im allgemeinen als eine Verstaatlichung darstellen: der Staat, natürlich der sozialistische, nach demokratischen Grundsätzen eingerichtete Staat, wird die Produktionsmittel enteignen, in seinen Besitz bringen und im Interesse der Gesamtheit nutzbar machen. Dieser Gedanke hat etwas Befriedigendes an sich und scheint auf den ersten Blick sehr einfach zu sein. Die Verstaatlichung der Eisenbahnen, des Post- und Telegraphenwesens entwickelt sich sehr rasch weiter zu einer Verstaatlichung der Gruben und Bergwerke, der Petroleumquellen, des Großhandelswesens u. v. m. Allerdings darf man nicht an den heutigen Staat denken, dessen unsoziale, undemokratische Bureaucratifizierung des Wirtschaftslebens sehr wohl geeignet ist, einem freiheitlichen Sozialisten sehr wohl geeignet zu werden, sondern die Verstaatlichung ist und bleibt, daß sie mit dem Geiste der sozialen Demokratie erfüllte wertvolle Bevölkerung die politische Macht erlangt und den Staat zu einem wirtschaftlichen Volksstaat umgestaltet. Dies Ziel muß festgehalten werden; doch ist offenbar bis dahin noch ein weiter Weg, weshalb auch die Gegenwart ihr Recht fordert.

An die Seite des Staatssozialismus tritt neuerdings der Gemeindefeudalismus, insofern man auch den Gemeinden immer mehr wirtschaftliche Aufgaben zuweist. Daß eine Gemeinde die Gas- und Wasserversorgung, die elektrischen Anlagen und die Straßenbahnen in eigene Hände nimmt, gilt heute schon als eine Selbstverständlichkeit, daß sie auch eine vernünftige Boden- und Wohnungspolitik treiben muß, indem sie selbst Land ankauft und Häuser baut oder die gemeinnützigen Bauvereine unterstützt, wird selbst von Leuten gefordert, die keine Sozialisten sind. Aber hinter dieser wirtschaftlichen Tätigkeit der Gemeinden taucht ein ganzes Heer neuer Aufgaben auf, die noch ihrer Erledigung harren. Die Auffassung gewinnt immer mehr an Boden, daß auch die Gemeinden die Pflicht haben, das Wohl ihrer Einwohner durch positive Maßnahmen zu fördern. Wir denken hierbei an die Versorgung einer Großstadt mit gesunder Milch, mit gutem Fleisch, Brot und Gemüse und an ähnliche wirtschaftliche Aufgaben. Es erscheint unwahrscheinlich, daß Staat und Gemeinde in dieser Beziehung Hand in Hand gehen.

Selbstverständlich fällt auch den privatwirtschaftlichen Organisationen, den Gewerkschaften und Ge-

nossenschaften, die Aufgabe zu, in die kapitalistische Monopolkraft eine Bresche zu legen. Die modernen Gewerkschaften haben es bereits fertiggebracht, die Kleinrentiererschaft des Kapitals auf dem Arbeitsmarkte zu brechen und sich ein Mitbestimmungsrecht in bezug auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Dies Mitbestimmungsrecht muß auch auf die Arbeitsbetriebe selbst ausgedehnt werden, das ist die nächste Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung. Wistang ist der Kapitalist noch „ Herr im Hause“, er erteilt und laßt nach Lust und Laune mit der Arbeitskraft seiner Leute und dies Monopol hält er transpazient fest. Aber auch hier wird und muß es den organisierten Arbeitern gelingen, ihn aus seiner Monopolstellung zu verdrängen. Was dies im Wirtschaftsleben für Folgen zeitigen wird, kann sich jeder leicht ansinneln.

Auch die modernen Konsumgenossenschaften rücken den Monopolisten zu Leibe. Zunächst drängen sie das Monopol des Kleinhandels, indem sie die Händler der Konsumanten einzulernen. Die Folge hiervon ist, daß die Händler überall dort, wo große Konsumvereine bestehen, mehr Rücksicht auf die Käufer nehmen müssen als früher. Sodann machen die Konsumantenorganisationen dadurch, daß sie sich zu einer Großeinzelkaufgenossenschaft, dem Konsumverein der Konsumvereine, zusammenschließen, auch dem Großhandel und den Produzentenartikeln spürbare Konkurrenz. Endlich gehen sie auch zur Eigenproduktion über. Sie errichten Bäckereien, Schlachtereien und Molkereien, Seifen-, Schuh- und Zigarettenfabriken, sie erwerben Tee- und Kaffeeplantagen, stellen Zinnober, Limonaden und Margarine her, sie bauen sich Schiffe und andere Verkehrsmittel, sie betreiben Landgüter, kurz: sie werden zu einer Macht im Wirtschaftsleben, mit der das private Kapital rechnen muß. Je mehr sie sich ausdehnen und entwickeln, desto mehr geht die Monopolwirtschaft in die Brüche und macht einer freien Gemeinwirtschaft Platz. Diese Seite der modernen Konsumgenossenschaftsbewegung tritt schon heute deutlich in die Erscheinung; sie ist es gerade, die den Widerstand des Kapitals herausfordert. Das ausbeuterische Kapital merkt, daß es ihm an den Profit geht. Darum schimpfen Großkapitalisten und Kleinhandwerker, Großgrundbesitzer und Bauern, Großhändler und Kleinrentner über diese Bewegung, die doch weiter nichts beabsichtigt, als den freien Wettbewerb zu einer Macht zu machen.

Zum Schluß weisen wir noch darauf hin, daß auch das Bildungs- und Steuermittelmonopol der Ober- und Mittelschichten beseitigt und durch den freien Wettbewerb der Kräfte ersetzt werden muß. Heute werden die Kinder aus den Unterschichten nur äußerst mangelhaft für den wirtschaftlichen Kampf vorbereitet und ausgerüstet, während den Erbsinglingen aus den Ober- und Mittelschichten alle Bildungsmittel zur Verfügung stehen. Ebenso verhält es sich auch mit der Besetzung der Stellen. Die nach Bildung und Beschäftigungsbereitschaft des Volkes, wie sie sich nehmen, nehmen die bequemsten, einträglichsten und bestbezahlten Stellen für sich in Anspruch und überlassen den Proletariaten jene Stellen, die viel Arbeit erfordern und wenig einbringen. Wer in

der Wahl seiner Eltern vorsichtig gewesen oder gar mit einem goldenen Löffel im Munde geboren ist, nimmt im heutigen Leben eine Monopolstellung ein und ist den unheimlichen Volksgenossen meistweilen voraus, selbst wenn sie ihn geistig und körperlich turnusförmig übertragen. Das wird natürlich von den Massen unangenehm empfunden, weshalb die Parole gilt: Nicker mit den Klassenmonopolen auf allen Gebieten! Brutus.

Aus dem Baugewerbe.

Altkriensbetrieb im Baugewerbe. — Geschäftsergebnisse der Baugesellschaften. — Baugesellschaftliche landwirtschaftliche Organisationen. — Agrarier und Genossenschaften. — Gebührener und Hypothekendarlehen. — Spartenleistungen der Sparkassen. — Erneute Zunahme der Zwangsversteigerungen in Groß-Berlin. — Altgenossenschaft für Bauausführung in Berlin.

Nach der jetzt erschienenen Statistik über die Geschäftsergebnisse der deutschen Altgenossenschaften im Jahre 1911/12 enthielten von insgesamt 4712 Altgenossenschaften mit einem Aktienkapital von 14,88 Milliarden Mark auf das Baugewerbe 51 Aktienbetriebe mit einem Aktienkapital von 83,66 Millionen Mark. Darunter befanden sich 11 Hochbauunternehmungen und 18 Tief- und Wasserbauunternehmungen. Im Vorjahre wurden 43 Altgenossenschaften im Baugewerbe gegründet, davon 5 im Hochbau und 18 im Tief- und Wasserbau; im Jahre 1909/10 waren unter 42 Altgenossenschaften im Baugewerbe 5 Hochbau- und 17 Tief- und Wasserbaubetriebe. Welcher Art die übrigen Aktienunternehmungen im Baugewerbe sind, geht aus der Statistik nicht hervor; es können indes nur Betriebe in Frage kommen, die einer Zweig des Baugewerbes umfassen und nicht nur zu einer der beiden besonders genannten Branchen gehören, vor allem aber jene Unternehmungen, die sich als Baugesellschaften bezeichnen, die aber selbst Bauten nicht ausführen. Es hatten im Jahre 1911/12:

Bauart	Baujahr		Baujahr	
	1911/12	1910/11	1911/12	1910/11
im Baugewerbe	61	83 610	11 700	8840
Darunter:				
im Hochbau	11	10 868	1 340	136
Tief- und Wasserbau	18	36 585	7 628	—
				5 168

Von den gegründeten Altgenossenschaften im Baugewerbe wiesen 37 Gesellschaften einen Jahresgewinn auf, und zwar von 10,07 Millionen Mark. 14 Gesellschaften wiesen einen Jahresverlust mit 4,58 Millionen Mark auf. Von den mit Jahresgewinnen abschließenden Gesellschaften entfielen 7 auf den Hochbau und 15 auf Tief- und Wasserbau. Unter den mit Verlust abschließenden Gesellschaften befanden sich 4 Hochbau- und 3 Tief- und Wasserbaufirmen.

Von den 37 Gesellschaften, die einen Jahresgewinn aufwiesen, verteilten indes nur 32, deren Aktienkapital zusammen 68,27 Millionen Mark betrug, Dividenden. Die von ihnen bereitete Dividendensumme belief sich auf 7,64 Millionen Mark. Die von den Altgenossenschaften im Baugewerbe gezahlten Dividenden betragen für 1911/12 im Durchschnitt 941 pBl., der Durchschnitt der Dividenden der Altgenossenschaften im Hochbau stellte sich

Berlin, den 12. Juni 1913.

Lieber Bruder und Schwägerin!

Als ich Euch vor sechs Wochen geschrieben habe, da waren wir alle guten Muts. Heute sind wir nicht mehr so. Mit der Arbeit ist es noch nicht besser, aber immer schlechter geworden. Wir müssen jetzt wieder anfangen, von unsren Söhnen zu bestehen, wenn wir leben wollen. Das ist fürchterlich schwer. Was man sich so in 15 Wochen Arbeit zusammengehärtet hat, muß man für ein paar Pfennige hingeben, und man weiß nicht, ob man es wiedererhält. Marie meint bei jedem Stillsitzen, was aus dem Hause geht, und dabei leben wir noch im Elend. Wenn wir uns wenigstens richtig dabei satt essen könnten. Aber seit einigen Wochen haben wir uns noch nicht recht satt an Brot und Kartoffeln gegessen. Fleisch kennen wir fast nur noch aus den Schenkelkesseln. Sei uns ist es noch lange nicht am schlimmsten; es sind Kollegen hier, die haben in diesem Jahre noch gar nicht gearbeitet. Sie müssen von dem Leben, was die Frau verdient oder die Kinder verdient bekommen. Es ist unheimlich, wie diese Kinder! Ich bin der Meinung, der Verband der Arbeiter sollte doch eingreifen. Aber er wird wieder sagen, daß er nach dem Staat sein Recht dazu hat und nach den Bestimmungen auf dem Verbandstag ist recht nicht, wenn er auch nichts davon wissen wollte. Aber lieber Bruder! Ich weiß ja, Du bist ja auch ein bestlosfremderlicher im Verband! Du schreibst mir, daß im Industriegebiet habe sie nicht notwendig. Aber das ist doch nur, weil im Winter die vielen Kollegen in ihre Heimat fahren. Die im Sommer da arbeiten. Wenn sie alle da wären, wäre es wunderbar bei uns gerade so. Du weißt ja, daß ich auch nichts davon wissen wollte. Aber jetzt denke ich anders. Ich bin der Meinung, man sollte das nicht immer nach dem Vorfall des 21. handhaben, denn

Briefe eines arbeitslosen Kollegen.

Ein Kollege aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet stellt uns drei Briefe zur Verfügung, die er in den letzten Monaten von seinem Bruder erhalten hat und die in ihrer Form und schmucklosen Form die im „Grundstein“ besprochenen Konjunkturbesorgnisse wirkungsvoll erörtern. Was in diesen Briefen von vielen Tausenden von Kollegen rein referierend erzählt wird, nämlich, daß sie infolge wochenlanger Arbeitslosigkeit mit ihren Angehörigen bittere Not leiden, das schildert in diesen Briefen ein einzelner Fall von sich und seiner Familie. Obwohl die Briefe frei sind von jeder Sentimentalität, wirken sie doch erschütternd, insbesondere das Schicksal der armen Kinder, die weder genügend Brot noch die genügende Pflege und Aufsicht haben. Wir haben in den Briefen die für unsere Leser weniger wichtigen Stellen gedruckt und auch einige orthographische und stilistische Fehler richtiggestellt, im übrigen aber Änderungen nicht vorgenommen.

Berlin, den 23. Mai 1913.

Lieber Bruder und liebe Schwägerin!

Ihr habt sehr lange nichts von Euch hören lassen. Wir glauben darum, daß es Euch ganz gut geht. Denn meistens weiß man dann, wenn es einem gut geht, am wenigsten, was man schreiben soll. Uns hat es in letzter Zeit auch wieder ein wenig besser gegangen, d. h. was man so besser gehen heißt. Lieber Bruder, ich glaube, wir sind immer noch zu beides, so wie uns unser Vater und unsere Mutter zu Hause ergötzen haben. Ich habe schon manches Mal gedacht, ob es nicht besser für uns wäre, wenn wir unerschrocken sein könnten. Vielleicht wären wir dann statt Maurergehellen mehrere Hausbesitzer oder Bauernmeister. Aber wir bringen es niemals fertig, so ruhigen einen Lebensbarometer zu schenken wie mein letzter Unternehmer; der soll schon normal geschworen haben, und weißt Du, was das war? Das war Wilhelm ... Der hat

doch in der Zeit, wo Du gelernt hast, zu Hause beim Meister ... gelernt. Da konnte er sein Geheul nicht machen. Jetzt ist er Bauherr und sein Haus; denn er hat jetzt wieder geschworen. Ich frage noch etwas über 80 Mark von ihm. Vor 14 Tagen haben wir ausgehört, weil wir kein Geld trugten. Von da an bin ich arbeitslos. Es ist hier immer noch sehr schlecht mit der Arbeit. Man kann laufen, daß man abends die Beine nicht mehr heben kann. Aber, woher man kommt, ist alles besetzt. In jedem Bauzaun sitzen Kollegen, die ordentlich die Steine sägen, die vermauert werden. Ich ... den kennst Du ja, der sagte vorgehen zu mir — wo wir zusammen Arbeit suchen gingen — daß wir Wendeln eigentlich noch viel mehr verdient werden müßten als die Stunde. Insehr das Essen schmeckt nicht mehr, die Knochen haben, wir stehen da und Inuren, weil wir keine haben. Er meinte, nächstens komme es noch so weit, daß wir uns um die Arbeit brügeln. Wenn die Wendeln wirklich vergelert, die an solchen Zuständen krank sind. Gerade wir haben sich jedenfalls eine solche Bekandlung nicht gefallen lassen, sagte er. Na, ein bißchen Recht hat er ja, und er bringt das immer mit dem richtigen Galgenhumor heraus. Wie haben ja zum Glück vorläufig noch ein paar Arbeiter, man wieder knapp geht. Von der letzten Arbeit, die uns ermittelte, die Woche verdient, können wir ja nicht alle Geld verdienen. Na, vielleicht habe ich Glück, daß ich die 50 Mark von ... bald frische. Zum sind wir noch alle gesund, bloß Euch diesmal recht herzlich. Grüß auch Eure Mutter von uns.

Euer Bruder und Euer Schwägerin nebst Kindern.
Franz W. ... schreibt aus Saunburg, daß es dort mit der Arbeit auch schlecht ausseht. Denn die Tarifbesitzerei dort besteht in, meint er, wird es dort wohl besser werden. Hier wird es wohl auch dann nicht viel besser werden.
Paul.

auf 6,1 pSt., der Durchschnitt der Dividende von Tief- und Wasserbauunternehmungen dagegen betrug 13,31 pSt. Auch diese Statistik bestätigt die hohe Rentabilität der Tiefbauunternehmungen. Ein Vergleich der Dividenden von Aktiengesellschaften im Baugewerbe in den Jahren 1909/10 bis 1911/12 ergibt folgendes Bild:

Table with 3 columns: Year (1909/10, 1910/11, 1911/12) and rows for Gesamt-Durchschnitt, Tiefbau, and Wasserbau.

Durch die Dividendenhöhe der Tiefbauunternehmungen wird der Gesamt-Durchschnitt der Aktiengesellschaften im Baugewerbe gesenkt. Dies ist erhellend. So erklärt es sich auch, daß die Aktiengesellschaften im Baugewerbe nach der Höhe der Dividende unter den Aktiengesellschaften anderer Gewerbegruppen an erster Stelle stehen. Geordnet nach Dividendenbeträgen ergibt sich folgende Reihe der verschiedenen Wirtschaftszweige:

Table listing various economic sectors and their dividend yields, such as Versicherungsgewerbe, Gummiindustrie, and Bergbau.

Von den Dividendenhöhen der Aktiengesellschaften verhalten sich die Gesellschaften eine Dividende über 3 bis 4 pSt., sechs über 4 bis 5 pSt., eine über 5 bis 6 pSt., zwei über 6 bis 7 pSt., drei über 8 bis 9 pSt., zwei über 8 bis 9 pSt., sechs über 9 bis 10 pSt., zwei über 10 bis 12 pSt., eine über 12 bis 15 pSt., zwei über 15 bis 20 pSt., eine über 20 bis 25 pSt., zwei über 25 pSt.

Eine besondere Art von baugewerblichen Großbetrieben ist durch die landwirtschaftlichen Organisationen gebildet worden. Vor einiger Zeit befaßte sich die Vereinigung hannoverscher Architekten mit diesen agrarisch-baugewerblichen Unternehmungen. Die Hannoverische Landwirtschaftskammer, hier als eine Art Bauverein der genannten Vereinigung, unterhält in der Bauweise mit Villen in Oldenburg, Emden, Osnabrück und Hildesheim, die durch einen jährlichen Zuschuß von 4000 aus dem Mitteln der Landwirtschaftskammer unterstützt wird. Außerdem hat sie besondere Sätze zur Berechnung der Gebühren für architektonische Arbeiten festgelegt, die angelehnt sind an den der Bauvereinsordnung der Architekten. Außerdem gibt es als die Architekten, die durch den freien Wettbewerb gewonnen sind, in diesen Fällen unter der Form zu arbeiten. Die Aufträge der Bauvereine 1910/11 waren in einer hannoverschen Zeitung mit 106 Gebäuden, im Werte von 1,6 Millionen Mark und die Gesamtanzahl seit Bestehen auf 1274 Gebäude, im Werte von 13 Millionen Mark, angegeben. Die Bauweise der Landwirtschaftskammer be-

stärkt ihre Tätigkeit nicht nur auf landwirtschaftliche Bauten, sondern reißt alles an sich, was ihr in den Weg kommt, so Herrenhäuser, Villen, Kirchen, Krankenhäuser, Schulbauten, Rathhäuser, Kassen etc. Die Vereinigung hannoverscher Architekten hat durch Eingaben versucht, die Landwirtschaftskammer der Provinz Hannover zu veranlassen, ihre Bauweise aufzugeben. Die Antwort fiel entschieden ablehnend aus, und es wurde vor allen Dingen betont, daß die Bauweise der Landwirtschaftskammer Bauten nichtlandwirtschaftlichen Charakters in großem Umfang ausgeführt habe. Durch das gesammelte Material kann aber, wie die Wirtschaftskammer erklärte, jederzeit das Gegenteil bewiesen werden.

Auch andere Landwirtschaftskammern unterhalten baugewerbliche Unternehmungen bescheidener Art, wie denn die Agrarier den Zusammenstoß als Produzenten und Konsumenten auf den verschiedenen Wirtschaftszweigen mit großer Energie und überwiegend großem Erfolg betrieben haben. Für die landwirtschaftlichen agrarischer Politik ist es ganz besonders kennzeichnend, daß dieselben agrarischen Organisationen, die die wirtschaftssozialistischen Bestrebungen in dem größtmöglichen Umfang betreiben, die widerlichste Hebe gegen die genossenschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse betreiben, und daß sie selbst Unternehmungen für ihre Genossenschaften aus Staatsmitteln beziehen, für die Genossenschaften der Arbeiter die vielfach bereits eingeführte Sonderbesteuerung fordern. Das geschieht einmal aus Haß gegen jede Form der Arbeiterbewegung, dann aber wollen die Agrarier auch auf Kosten der Arbeiter die Handwerker und andere Kleinrentner ein Mittelstandsverhältnis herbeiführen, deren Konsequenzen sie jedoch in der Praxis, soweit ihre eigenen Wirtschaftsbestrebungen in Frage kommen, entschieden ablehnen.

Durch die überaus starke und langanhaltende Geldverknappung wird die unglückliche Lage des Bauwesens ungewöhnlich wesentlich beeinträchtigt, wenn es auch nicht zureichend ist, daß die Bauwirtschaft in zahlreichen Großstädten allein oder in erster Reihe durch den teuren Geldstand herabgekommen ist. Neuerdings ist eine Hypothekendarlei von vier einhalb Prozentigen Pfandbriefen übergegangen, während fast alle anderen Hypothekendarlehen, an den vierprozentigen Pfandbriefen unter allen Umständen festhalten zu wollen. Welcher können die Hypothekendarlehen dem Bauwerk nur aufzulegen, wenn ihre Pfandbriefe gekauft werden; bei hohen Zinsen läßt indes die Neigung des Kapitalistens zum Risiko nach, vierprozentige Pfandbriefe zu kaufen. Natürlich berechnet die Hypothekendarlei für ihre Pfandbriefe 4 1/2 pSt. Zinsen, den Hypothekendarlehen entsprechend höhere Zinsen, dieselben höheren Zinsen verlangen aber auch seit langem die Hypothekendarlehen, die nach wie vor vierprozentige Pfandbriefe ausgeben. Es werden jedoch nicht nur höhere Hypothekenzinsen gefordert, sondern auch die Abschlußprovisionen sind enorm erhöht worden, so daß für den einzelnen Hypothekendarleher und für die gegenwärtige Lage des Bauwesens nichts geoffener wird, wenn die meisten Hypothekendarlehen sich gegen vier einhalbprozentige Pfandbriefe an Stelle der bisher vierprozentigen ausprechen. Als Hypothekendarleher werden die Spar-

lassen in ihrer Bedeutung den Hypothekendarlehen gegenüber vielfach unterschätzt. Dabei dürfen die Hypothekendarlehen der Sparbanken nicht viel weniger betragen als die der Hypothekendarlehen, die am 30. Juni 1913 registrierte Hypothekendarlehen von insgesamt 11,9 Milliarden Mark ausweisen. Die Hypothekendarlehen der Sparbanken werden auf etwa 10 1/2 Milliarden Mark geschätzt.

Der kleine Rückgang von Zwangsversteigerungen, der sich im ersten Halbjahr 1913 in Groß-berlin bemerkbar gemacht hatte, hielt im Juli nicht an. Es sind im Juli 1913 in Groß-Berlin 154 Grundstücke gegen 138 im Juli 1912 zur Zwangsversteigerung gelangt. Gegen den Monatsdurchschnitt von 1912 bedeutete das eine Steigerung von 21 Grundstücken. An dem sehr eingegengenen Berliner Baumarkt ist der Aktiengesellschaft für Bauausführungen in Berlin, wie sie mittelste, jüngst eine Reihe größerer Aufträge zugefallen. So ist der Gesellschaft im Zentrum Berlins der Bau des „Preußenhofs“ übertragen worden, der ein Objekt von 2 Millionen Mark darstellt. In Charlottenburg wurden zwei größere Gemeindeschulen im Gesamtwerte von 400 000 in Auftrag gegeben. Der Gesellschaft ist ferner in Remmich und Tempelhof die Errichtung je eines Schulgebäudes übertragen worden, ein Objekt von insgesamt 1/2 Millionen Mark. In Trebbenua wird eine Volkshaus gebaut, die einen Auftragswert von 200 000 repräsentiert. Die Berliner Elektrizitätswerke lassen in verschiedenen Bezirken sogenannte Transformatorstationen errichten, die etwa 100 000 kosten dürften. Endlich sind bei der Aktiengesellschaft für Bauausführung noch zwei größere Privat-aufträge im Werte von zusammen 200 000 eingegangen.

Die Bauarbeiterverhältnisse im Lichte der Gewerbe-Inspektorenberichte.

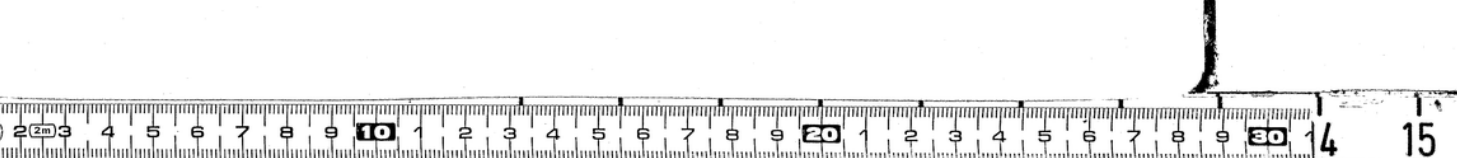
III. Ueber die Arbeitsverhältnisse im baugewerblichen Bauwesen wird von dem Aufsichtsbeamten mit Bericht. Diese Auszüge mögen der Sache ein gewisses Licht werfen, von dem man erhofft, daß zu den Unternehmungen mit der langen eifrigeren Arbeitszeit neben den Großfabriken, kleineren Maschinen-, Werkzeugen-, Metall-, Holz-, Eisen-, Blech-, Eisen- und kleinen Handwerksbetrieben auch die Baugewerke im Allg. gehören. Diese soziale Rückständigkeit steht im engsten Zusammenhange mit der Rückständigkeit der Arbeiterbewegung in dieser Gegend.

Ueber die Sonntagsarbeit im Bauwesen enthalten mehrere Berichte Mitteilungen. Im niederrheinischen Berichte wird ausgeführt, daß außer der Glas-, Maschinen-, Papier- und Holzindustrie usw. insbesondere auch das Bauwesen Sonntagsarbeit in Anspruch nimmt, und zwar wegen „unvorhergesehenen Bedürfnis, Dringlichkeit der Leistung, Hochwassergefahr bei Krüppeln, Einsturzgefahr bei Bauten“ usw. Abgesehen von wirtschaftlichen Vorteilen, sollte die Sonntagsarbeit im ganzen Bauwesen abgeschafft werden, da sie nicht notwendig und daher unbillig ist. In der Nordpfalz wurden drei Tiefbauunternehmen Sonntagsarbeiten an 19 Sonntagen gestattet. Weiter wird aus diesem Bezirk berichtet: „Wegentlig der an Sonntagen vorgenommenen Reparaturen wurde wiederholt der irdigen Ansicht einzelner Bauunternehmer entgegengetreten werden, daß es gestattet sei, sämtliche „Vorbereitungsarbeiten“, wie zum Beispiel Geleisverlegung,

der Wunsch habe, aber der Geist macht lebendig. Ich glaube, wenn die Delegierten auf dem Verbandstage gewußt hätten, daß es so kommt, dann hätten doch viele anders gestimmt. Aber alles sollte auf eine gute Bauwirtschaft. Nach meiner Meinung können die Kollegen in der Provinz heute froh sein, daß sie ihre Tarifverträge haben. Wenn sie jetzt in den einzelnen Orten um ihre Verträge streiten müßten, könnten die Unternehmer vielleicht hier aus Berlin Kaufleute von Eisenbeton, da hier es nicht so übertrieben angehen. Aber heute mal, die jungen Leute, für die wir die jetzt bezahlten Löhne erkämpft haben, wollen auch keinen Pfennig für ihre älteren Kollegen abgeben. Eine sind noch jung und fürchten die Arbeitslosigkeit nicht. Auch den Jungen kennen sie nicht und deswegen sind sie dazwischen. Aber sollen deswegen die Frauen und unsere Kinder verhungern? Oder können die Kollegen auf dem Lande verlangen, daß die Bauarbeiter in den Großstädten Heber unkommen, als einmal Starbarbeit machen? Bisher Arbeiter! Du weißt solche Worte von mir nicht erwartet haben. Ich will auch lieber sterben als Streikführer werden. Aber Gundeck und Taufende von Kollegen denken so. Du weißt Dich wohl wundern, daß ich mich zu den Alten rechne, wo ich doch erst 40 Jahre alt bin. Ja, ich werde gehen um den Schanden, und du weißt Du ja, wie ich, wie das hier in Berlin ist. In anderen Großstädten soll es gerade so schlimm sein mit der Arbeit wie hier in Berlin. Erinnerung! Du Dich noch an den jungen Kollegen, die... mit seiner Frau, die vor sieben Jahren, als Du noch hier warst, in der Hafenheide am Tisch mit uns saßen? Es waren ein paar hochachtbare Leute. Ich habe noch voriges Jahr mit ihm an einem Bau gearbeitet, da war er noch der anständigste Mensch. Vor ein paar Tagen habe ich ihn wieder getroffen. Er ist total heruntergekommen und sieht Marasmus? Seine Frau ist vor die Hunde gegangen, weil sie nicht will, daß ihre Kinder verhungern. ... Nun weiß ich nicht weiter. Es ist ja auch nicht angenehm, Gläubiger zu sein. Seid nun diesmal recht freundlich begrüßt von uns allen. Euer Arbeiter und Gesänger.

Esster, den 15. August 1913. Dieser Bruder Franz! Zunächst danke ich Dir und Deiner lieben Frau für das, was Ihr uns geschickt habt. Aber Ihr habt ja doch selbst mit Euch zu tun, wie können unmöglich von Euch noch mehr verlangen, denn Ihr könnt uns doch nicht alle wochenlang ernähren. Du wirst Dich wundern, daß Du von hier einen Brief bekommst. Ich bin zu Hause fortgegangen. Ich konnte das Geld nicht mehr mitnehmen. In der Welt ist ja so, daß aber der zweite Teil der Briefe bei diesen Geld. Marie hat sich zu ihren zwei Aufwartestellen noch eine dritte gesucht. Sie ist fast den ganzen Tag außer dem Hause und kann sich um die Kinder nur wenig kümmern. Ich muß die beiden kleinen verwahren. An Arbeit ist in Berlin nicht zu denken. Wenn ich nicht in den nächsten Tagen auf dem Lande Arbeit bekomme, weiß ich nicht, was ich anfangen soll. Man bekommt da doch so allerhand Gedanken, es ein solches Leben überdauern noch einen Zweck hat. Meine Frau und Kinder sind besser dran ohne mich, sie haben einen unruhigen Freier weniger. Schreie aber nicht an Marie. Sie weiß, daß ich Arbeit luche, brauche aber sonst meine Gedanken nicht zu wissen. Vier Tage bin ich fort von Berlin und habe in dieser Zeit mehrere verheiratete Kollegen getroffen, denen es ebenso geht wie mir. Aber ich finde, es ist doch nur ein schlechter Trost, Genossen in Anglist zu haben. Nun noch etwas Franz. Du wirst dich in meinem Brief, die Unterhaltung der arbeitslosen Arbeiter nicht man vom Staat oder den Kommunen verlangen. Das ist ganz richtig. Aber überlege Dir einmal genau, warum wir nicht dieselbe Forderung beim Staat stellen. Oder warum wir nicht verlangen, der Staat soll dafür sorgen, daß jeder Einwohner mit oder ohne Arbeit seinen Einkommen hat, daß er keine Not leidet. Was nicht es, wenn wir es verlangen, und es wird nicht gemacht. Aber in unserer Organisation können wir es machen. Alles andere ist nur Reden, weil man seinen Willensherrschaft setzen will. ... Adio wohl! Dein Paul.

Brot. Der Hunger kommt vom Dorf gegangen, Einzig er durch der Städte Tor; So hallet ihm doch eure Stangen Und eure Trummelstöße vor! Trost Pulver und Kartätschensdauer Rasch wie ein Vogel ist sein Lauf, Und auf der allerhöchsten Mauer Pfanz er sein schwarzes Banner auf. Ihr dämpft den Jorruß, o Despoten, Des Volkes nicht, das hungrend droht! Denn die Natur hat ihn geboten Den Schrei: Brot! Brot! Brot tut uns noll Gerblaud Getreidgrat.



- Königsberg i. Pr.** Sperrung über die Arbeiten der Firma Fey aus Danzig an den Forts in Prappeln, Kaschan und Auweiden.
- Landau.** Sperrung über das Betongeschäft von Hornbach Leipzig. Sperrung über die Bauten der Eisengießerei Becker & Co. in Leipzig-Lautsch, Hohe Straße, über die Maschinenfabrik Karl Krause, Leipzig-Anger, Zweinaundorfer Straße, Hietschold & Röder in Engelsdorf, Otto Schröter in Leipzig-Döllitz, Löbinger Straße, Kirschner & Löffler in Neu-Wiedritsch und Emil Schollenberg in Leipzig-Dösen, wo kein Lohn gezahlt wurde. Für Rabitzputzer die Firma Edwin Herzog in Leipzig-Schönefeld.
- Lipp Springs.** Streik.
- Marburg.** Streik.
- Mersburg.** Sperrung über den Unternehmer Martin Mittenwalde. Sperrung über die Firma Sprewitz in Ragow bei Mittenwalde.
- Mühlheim-Oberhausen.** Sperrung über die Firma Kurth & Hoffmann.
- München.** Ausgesperrt sind die Kollegen bei der Lougino-Baugesellschaft.
- Nürnberg-Gunzenhausen.** Sperrung über die Firma Elterlein, Ortrand. Zugang fernhalten.
- Pöhlitz.** Sperrung über den Unternehmer Paapa.
- Preitz.** Sperrung über den Unternehmer Maßmann.
- Rahden i. W.** Streik.
- Reinbek.** Sperrung über den Neubau auf dem Glückstadt-schen Grundstück in Wentorf wegen rückständigen Lohnes.
- Rheydt.** Streik.
- Rügenwalde.** Sperrung über die Firma Papenfuß.
- Saarbrücken.** Streik wegen verweigert Anerkennung des Tarifs bei den Firmen Sohnius, Brandt, Wags & Freitag und Dyckerhoff & Widmann.
- Salzhausen.** Aussperrung.
- Schiffless.** Sperrung über den Unternehmerr Pahlmann.
- Schwerte (Zweigverein Hagen).** Sperrung über die Unter-nehmer Ernst Dietrich und Luck.
- Seantenberg-Bockwitz.** Streik.
- Stelle.** Sperrung über das Baugeschäft von Meyer.
- Stettin.** Sperrung über den Unternehmer C. Heidemann.
- Stollberg i. Erzgeb. (Zweigverein Chemnitz).** Differenzen.
- Stolp i. Pommern.** Streik.
- Strelitz.** Sperrung über die Arbeiten der Firma Weiland.
- Triebes.** Sperrung über den Unternehmer Maas in Grammentorf.
- Urdembach (Zweigverein Düsseldorf).** Streik wegen Lohn-reduzierung.
- Visselhövede.** Sperrung über die Unternehmer Hölberg und v. Wülding in Hittingen.
- Wermelskirchen.** Sperrung über den Unternehmer Seinsche.
- Westerfeld.** Streik.
- Wismar.** Gesperrt ist die Firma A. Eggert.
- Wolgast.** Streik.
- Wurzen.** Sperrung über den Bau des Unternehmens Herold.
- Zaberna (Zweigverein Mairsmünster).** Streik.
- Zechau.** Sperrung über den Unternehmer Köhler in Großröda.
- Zerbst.** Sperrung über die Firma Gardke.
- Zwickau.** Sperrung über den Unternehmer Kahn in Mosel.

- Fliesenleger und Terrazzoarbeiter:**
- Bielefeld.** Streik.
- Darmstadt.** (Terrazzoarbeiter) Differenzen.
- Gelsenkirchen.** Sperrung über die Firma Hänebeck & Co. sowie den Zwischenmeister Jacob Weber.
- Hagen.** Sperrung über die Firma Wimmer & Gärtner.
- Hannover.** Sperrung über die Firma Portwich.
- Herford und Umgegend.** Streik.
- Amsterdam.** Sperrung über die Firma De Buy Wenninger. Differenzen bei anderen Firmen.

- Gips- und Stukkateure:**
- Aussig.** Sperrung über die Firma Benda.
- Bielefeld.** Streik.
- Cöln.** Sperrung über die Firma Embs & Co.
- Darmstadt.** Sperrung über die Firma Heiser & Stier.
- Gevelsberg.** Sperrung über Peter Vischer wegen Nicht-anerkennung des Tarifs.
- Hamm i. W.** Sperrung über W. Müseler wegen Nicht-anerkennung des Tarifs.
- Kattowitz.** Gesperrt wegen Lohndifferenzen ist die Firma Baron-Königschütte.
- Landau.** Sperrung über den Unternehmer Reiter.
- Leipzig.** Gesperrt ist die Firma Wehle, Dorotheenstr. 6.
- Pforzheim.** Sperrung über die Firma Wilh. Bott jun. & Jul. Schmidt in Wildbad.
- Schlettstadt.** Sperrung über die Firma Bertele.

- Isolierer und Steinholzleger:**
- Cöln.** (Isolierer) Sperrung über die Firma Jul. Katho wegen verweigert Anerkennung des Tarifvertrages. (Steinholzleger) Sperrung über die Eubelit-Werke (Zweigstelle Cöln).
- Dresden.** Sperrung über J. E. Schmidke, Löscherstr. 24, wegen Nichtanerkennung des Tarifs.
- Magdeburg.** Sperrung über W. A. O. Brückmann.

Arbeitsmarkt.

Ueber die Arbeitsnachweise der Unternehmer in Bremen, Cuxhaven, Dortmund, Embden, Flensburg, Nordensham, Nürnberg, Oldenburg i. Großh., Schleswig, Stade, Vegesack und Wilhelmshaven haben unsere dortigen Kollegen den Boykott verhängt.

Zu den Differenzen im Haupttarifamt.

Auf das Schreiben des geschäftsführenden Inpar-tiarischen des Haupttarifamts, das wir in Nr. 33 des „Grundstein“ veröffentlicht haben, erklärte August Bringmann als Redakteur des „Zimmerer“, er habe in seinem Artikel die Herren Inparitischen nicht beleidigen wollen und bedauere sehr, daß sie sich beleidigt fühlten. Er habe lediglich die Pflicht erfüllen wollen, die ihm die Wochenstabsbeschlüsse des Firmenverbandes gegenüber dem gegenwärtigen Zustände im Haupttarifamt für das Baugewerbe auferlegten. Darauf teilten die Inparitischen dem Vorstand des Firmenverbandes mit, daß mit einer solchen Erklärung ihre Wünsche nicht befriedigt seien. Sie müßten darauf bestehen, daß der fragliche Artikel, sowie er per-sönliche Kränkungen der Inparitischen enthalte, im „Zimmerer“ mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückge-nommen werde. Auf dieses neue Schreiben erklärte Brin-gmann in der letzten Nummer des „Zimmerer“ folgendes:

„Ich komme dem Wunsch der Herren Inparitischen hiermit gern und in vollen Umfang nach und erkläre, daß ich in dem Bericht über die Sitzung und Wachen-derheiten in meiner Weise gutwillig; ich bedauere auch, daß mein Artikel in Nr. 30 des „Zimmerer“ die Auffassung zutief, daß die Ausdrücke auf sie gemeint sein sollten.

„Ferner sei bemerkt, daß ich diese Erklärung nicht bloß zu dem Zweck abgab, nach Kräften dazu beizutragen, den behauerischen Konflikt zu beenden, sondern aus Lieber-gung und innerem Mitleid. Meine Absicht in die ge-gangene Angelegenheit sind jetzt umfassender und tiefer als zur Zeit der Abfassung meines Artikels in Nr. 30 des „Zimmerer“. Diese Erklärung hätte ich ohne Bezug schon abgeben, wenn es nicht allgemeiner gehalten gewesen wäre als das vorhergehende.“

Wir hoffen, daß mit dieser Erklärung die Differenzen erledigt sind.

Verzögerung in der Genehmigung der Tarifverträge.

Der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe hatte zur Durchsicht der zum Abbruch fertigen Tarifverträge am 19. August vier seiner Mitglieder, die Herren Behrens, Popp, Müller und Jeller, mit sich entand. War dies schon etwas ungewöhnliches, so sollte die Durchsicht der Verträge den Vertretern der Arbeiterorganisationen erst bei Genehmigung vor, aber feiner bei Ende vor den Augen der Bundesvertreter. Alle wurden abgelehnt. Die ledige Arbeitsarbeit hat es dem Vorstand des Arbeitgeberbundes angetan. Die Heftigkeit sei beiseite, meint er. Es werde jetzt nur noch nach „Arbeiterkategorien“ unterschieden. Wo in einer dieser Kategorien Afford vorgekommen sei, da müsse er auch für die ganze Kategorie gelten. Ein recht schönes Beispiel wurde zur besseren Verständlichkeit der Ansicht der Unter-nehmer angeführt: In Nürnberg werden Mastböden teit-weise in Afford ausgeführt. Diese Arbeit ist Maurer-arbeit, ergo muß für die ganze Kategorie der Maurer die Affordarbeit in Nürnberg zutreffend sein. Die Vertreter der Arbeiterorganisationen ziehen aber den Begriff „Arbeiter-kategorie“ nicht so weit wie die Unternehmer. Die Gruppe der Maurer stellt sich aus den verschiedensten Untergruppen zusammen, die bereits alle zu Spezialfällen ausgewachsen sind. Wenn Mastböden in Nürnberg — um bei diesem Beispiel zu bleiben — in Afford hergestellt werden, so geht das die Maurer im Maßstab noch lange nichts an. Lieber diese grundsätzliche Meinungsverschiedenheit soll das Haupttarifamt entscheiden; deshalb und wegen anderen Ur-sachen sind die Verträge alle zurückgewiesen worden. Das hätte dem Vorstand des Arbeitgeberbundes so passen, wenn er durch die Affordarbeit in einem Spezialfall die Afford-arbeit für das ganze Baugewerbe erlangen könnte. Das Haupttarifamt wird einen harten Strich durch diesen Plan machen, der wohl nur ausgeführt werden ist, um zu den Differenzen im Haupttarifamt noch weitere Differenzen hinzuzufügen.

Bezirk Bremen.

In Gens-Wittmund sind im Frühjahr während der Verhandlungen die Unternehmer aus ihrem Bezirksverband ausgestiegen. Damit schieden sie für die zentralen Ver-handlungen aus. Da die Bautätigkeit den ganzen Sommer über zu wünschen übrig ließ, konnte nach den zentralen Verhandlungen hier nicht eingegriffen werden. Erst jetzt im Spätsommer hob sich die Bautätigkeit etwas und die Unternehmer wurden an den abgelassenen Vertrag erinnert. In der dritten Verhandlung kam ein neuer Ver-trag auf den Tisch, der die Beschlüsse eine Lohnserhöhung von 6 3 vorstieß. Der Lohn betrug am 1. September 1913 von 46 3 auf 48 3, am 1. Juli 1914 auf 50 3 und am 1. Juli 1915 auf 52 3. — In dem gleichen Zeitraum erhalten die Bauhilfsarbeiter 9 3 Lohnzulage. Vom 1. September 1913 an 30 3, vom 1. Juli 1914 an 40 3 und vom 1. Juli 1915 an 42 3. Der Lohn der Zementarbeiter steigt von 30 auf 32 3 und an den gleichen Tagen wie bei den anderen Kollegen um 6, 4, 2 3. Mit dem erzielten Erfolg können unsere Kollegen sehr zufrieden sein. Aber aus diesen Er-folgen ermahnt ihnen auch die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß gabeln, sondern daß auch die vorerwähnten unorganisierten Bauverhältnisse sich diesem Vertrag anschließen. Insbesondere eines jeden Berufsstandes ist es, dafür zu sorgen, daß im ganzen Lohngebiet unter den Vertragsföhen nicht ge-arbeitet wird und jeder andere Vertrag sofort der Organi-sation gemeldet wird, damit energisch gegen jede Boh-n

drückerei Stellung genommen werden kann. — Zu Nürnberg i. P., wo der Streik, nachdem nur eine Firma unterschrieben hatte, abgebrochen werden mußte, weil sich zu viele von den ansässigen Bauern zu Streikverweigerungen hergaben, ist jetzt dennoch durch die Fernhaltung des Zuganges ein voller Erfolg zu verzeichnen. Der neue Vertrag bringt 0 3 Lohnserhöhung und läuft am 1. Mai 1915 ab. Die Firmen Bienenbrud und Frömming haben zwar noch nicht unterschrieben, gehen aber auch die Lohn-erhöhungen, die der neue Vertrag vorsieht, an ihre „Ar-beitern“. Vielleicht sind auch schon für diese Firmen die Tage gezählt, wo sie sich in diese merkwürdige Lage mischen müssen und sie, wie ihre Herren Kollegen, den Tarif ohne weitere lästige Einladungen untergeschlüssig zum Bezirks-bureau senden.

Bezirk Bromberg.

In der Nummer 34 der „Baugewerkschaft“ besuchte der örtliche Agitator Müller aus Posen eine Besichtigung für sein Verhalten in der Preisfrage Angelegenheit. Wir hatten es für überflüssig, auf alle seine Behauptungen einzugehen, sondern ihn aber hierdurch auf den Beweis zu liefern, daß unser Kollege Schulz aus Bromberg nach wie vor im Recht ist und hat den von ihm erstellten Beleg werden. Ferner fragten wir Müller, ob er nicht auf Frage vor dem Schluß des Streiks den Tarif mit beraten hat und weiter fragen wir: Ist es unwahrscheinlich, daß die Mitglieder des örtlichen Verbandes nicht Streikposten ständen, son-der ihre Arbeitsergebnisse vertrieben? Wir stellen es Müller frei, um die Wahrheit festzustellen, eine gemeinsame Ver-sammlung in Preisfrage einzuübersetzen. Auge in Auge läßt es sich besser reden.

Der Posener Arbeitgeberverband hat nach langen Zögern eingesehen, daß ein einseitiger Arbeitsnachweis ein Unbehagen ist und hat den von ihm erstellten Beleg zurückgezogen. Die Entscheidung ist damit herbeigeführt worden, daß die Preisfrage ihre Leute doch nicht durch den Nach-weis beziehen. Wir können dem noch hinzufügen, daß be-richtete Arbeitsergebnisse den Arbeitsnachweis mit den Be-richteten in keinem Fall den Interessen der Unternehmer und Arbeiter in Deutschland sei dies zur Nachsicht empfinden.

Die Unternehmer von Natowitz teilten am 14. August unsern Zweigvereinsvorsitzenden mit, daß sie vom 18. August ab nur den Lohn zahlen werden, den der Maurermeister Pohl aus Trautenberg gab. Gleichzeitig wurde die Schlichtungs-kommission auf einer Sitzung einberufen, damit diese die Lohnserhöhung sanktioniere. Ein Antrag, die Sitzung zu verlegen, wurde nicht angenommen und unserm Vor-sitzenden am 16. August mitgeteilt, daß es bei dem Beschluß bezüglich der Verhandlung des Lohnes nicht auf Ein-greifen der Preisfrageleitung kam am 22. August dennoch eine Sitzung statt, jedoch konnte keine Einigung erzielt werden. Die Arbeitgeber geben sogar so weit, zu be-aupten, die Arbeitnehmer haben schon dadurch den Vertrag getroffen, daß sie den Lohnserhebung von Natowitz nicht fern-gelassen haben, daß sie Vorgehen als Vertragsbruch an-gesehen ist, wollen sie nicht eingehen. In einer zweiten Sitzung am gleichen Tage zeigten sich die Arbeitgeber „ent-gesonnen“. Die anfängliche Verhandlung von 5 3 während der Sitzung ist nicht auf Grund des verlangten Erklärung des auf Treu und Glauben abgeschlossenen Vertrages. Man einige sich dahin, die Sache durch den Schiedsgericht eines Inparitischen zu erledigen und beide Teile wollten für dieses unauflösbare Amt Herrn Dr. Adler, Vorsitz des Schiedsgerichtes für die Provinz Posen. (Der Natowitzer Arbeiterverein hat sich demgegenüber dem allgemeinen Vertrags-mittler angeschlossen worden.) Auch in dieser Sitzung, die am 28. August stattfand, konnte eine Einigung auf ähnlichen Weg nicht erzielt werden. Herr Dr. Adler erklärte dann, daß der Vertrag zu Recht sei und für die Dauer des Streikes nicht abgeändert werden könne. Beide Teile hätten aber ihren Pflichten nachzugehen. Die Durchsicht des Ver-trages nicht genug. Die Arbeiter haben die Pflicht, die Organisation zu auszubauen, daß Lohnrückfragen unmög-lich werden. Die Unternehmer müssen auf ihre Kollegen einwirken, auch wenn sie von auswärtig sind —, damit sie den Tarif anerkennen. Bis zum 10. September haben beide Teile über ihre Pflichten auf Durchsicht des Tarifs zu berichten. Nachher soll wieder Sitzung stattfinden. Un-gewöhnlich hat Pohl aus Trautenberg erklärt, den Tarif nicht anerkennen.

Bezirk Dortmund.

Aus Salzküsten wird uns mitgeteilt: Trotzdem wir nun schon drei Wochen ausgesperrt sind, sehen die Kollegen mit voller Zurechtfindung den Ausgang des Kampfes entgegen. Von 65 ausgesperrten Kollegen sind bis jetzt ganze zwei Mann zu den Preisföhen der Unternehmer zurückge-kehrt. 30 Kollegen wurden in der Umgebung und im Zu-differegebiet untergebracht. Die Unternehmer scheinen sehr in Verlegenheit zu sein; denn sie wenden alle Anstrengung an, die Bauarbeiten zu einem Stillstand zu bringen. Aber die Bauarbeiten reichen nicht aus, unsere Kollegen zum In-lauf zu bewegen. Wenn die Unternehmer mal einen Arbeits-willigen erwidern, dann holen sie diesen des Morgens persönlich stundenweit aus der Wohnung aus. Trotz alledem halten alle fest zusammen und erwarten, daß der Sieg bald unser ist.

Bezirk Karlsruhe.

Die Preisfrage im Saargebiet haben die Be-freiung der Arbeiter um 5 bis 10 a pro Stunde hermitzu-bringen. Der im Jahre 1910 abgeschlossene Tarif wurde 1912 für ungültig erklärt, und als wir darauf mit Streik antworteten, fand eine Verhandlung statt, in der der Tarif wieder anerkannt wurde. 1912 fand auch eine Schieds-gerichtsverhandlung unter Leitung des Herrn Landraters statt. Im Anlaß daran sollte der Herr Landrater einen Schiedsgerichtsausschuß bilden, der die Parteien der Entscheidung des Schiedsgerichts anzuregen hatten, den Tarifvertrag als rechtsgültig anerkennen. Weil durch die unzulässigen zentralen Abmachungen das Betonengebiet des neuen Tarifvertrages nicht als rechtsgültig an-erkannt wurde, erklärten die Unternehmer, daß sie nicht den Tarif anerkennen würden. Sie wollten durch die alten Tarifverträge nicht als Verhandlung für den neuen Vertrag nehmen, sondern die geltenden Tarife, die sie

